

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Kerschke'sche Buchdruckerei
Bismarckstr. 35/36
Tel. Nr. 20011

Bezugs-Gebühr in Dresden und Speyer bei halbjähriger Lieferung oder durch die Post bei halbjähriger Lieferung monatlich 3,- M., vierteljährlich 9,- M.
Die Spalte 3 man beste Seite 7,- M., oberhalb Seite 5,- M., unterhalb Seite 3,- M. und über-
haupt die Seite 1,- M. Sonntags- und Feiertags-Bezugsgebühren gegen
Vorauszahlung. Einzelpreis des Abendblattes 1,- M.

Schreibleitung und Geschäftsstelle:
Bismarckstr. 35/36
Druck u. Verlag von Kerschke & Kerschke in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das Ergebnis der Londoner Besprechungen. Ein letzter Sanierungsversuch in Oesterreich.

Poincarés Abreise.

(Signer Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Paris, 20. Juni. Die Zusammenkunft Poincarés und Lloyd Georges hat, soweit sie sich um diplomatische Fragen drehte, nahezu drei Stunden gedauert. Man bewahrt sowohl in französischen wie in englischen Kreisen größte Zurückhaltung. Immerhin glaubt der Londoner Korrespondent des „Cablogramms“ mitteilen zu können, daß die Konferenz keine bedeutende Klärung der Lage gebracht habe. Man habe eines- teils über die Reparationsfrage, dann aber auch über Länger und die Orientfrage und die Haager Konferenz gesprochen. Für die Reparationsfrage und den Orient habe man Scheinbar eine Reihe von neuen Zusammenkünften, um nicht zu sagen Konferenzen, vorgesehen, an denen je nach Bedarf zwei oder vier alliierte Mächte teilnehmen würden. Der Oberste Rat sei nicht tot, wie man geglaubt habe. Der Hauptgegenstand der Unterhaltung sei die Reparationsfrage und die Haager Konferenz gewesen. In bezug auf die Reparationen sei der Grundsatz der Selbständigkeit der Reparationskommission anerkannt worden und man habe erklärt, man müsse die Forderungen und Vorschläge der Reparationskommission abwarten. Nur wenn derartige Vorschläge nicht erfolgt seien, hätten die alliierten Regierungen selber einzugreifen. Der Korrespondent erklärt alsdann, daß die englische Stellungnahme zu den alliierten Schulden, die man immer weniger als von dem Reparationsproblem lösbar betrachte, die sei, daß man nichts unternehmen könne, bevor Amerika endgültig seine Auffassung dargelegt habe. Die Auffassung Englands bleibe dieselbe. Seine Haltung passe sich der Americas an. Französischerseits glaubt man ebenfalls, daß eine Regelung ohne Teilnahme der Vereinigten Staaten nicht vorteilhaft sei. Hinsichtlich der Haager Konferenz lägen keine Meinungsverschiedenheiten vor. Die Entscheidung der Sachverständigen müsse den Regierungen vorgelegt werden, bevor sie bindend werde. Hinsichtlich der Längerfrage wird der Frage des neuen Orients habe man die Notwendigkeit neuer Konferenzen anerkannt. — Poincaré hat London gestern abend 8 Uhr in Begleitung seiner Gemahlin verlassen. Lloyd George und Gemahlin waren auf dem Bahnhof. Vor der Abfahrt des Tages hatten die beiden Ministerpräsidenten noch eine kurze freundschaftliche Unterhaltung im Wartesaal.

Die englische Ansicht über die Reparationen.

London, 19. Juni. Das Reutersche Bureau verbreitet folgenden ergänzenden Bericht zur amlichen Mitteilung über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht ist, daß gegenwärtig der Augenblick schlecht gewählt sei, sich zu bemühen, den Betrag der Verbindlichkeiten Deutschlands endgültig festzusetzen, weil die Verhältnisse so ungewiß seien, daß jede jetzt gefällte Entscheidung später einen Streit hervorrufen könne. Es wurde beschlossen, daß der nächste Schritt der Reparationskommission darin bestehen solle, den wirklichen Stand der deutschen Finanzen zu untersuchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung irgend etwas tun könne, um durch Einschränkung der Ausgaben, Erhöhung der Steuern oder durch eine innere Anleihe das Gleichgewicht in seinem Haushalt, sowie seine Währung wieder herzustellen. (W. L. B.)

Die nächste Reparationskonferenz.

London, 20. Juni. Gleich nach seiner Ausreise mit Lloyd George empfing Poincaré die französischen Pressevertreter in London und bekräftigte, daß in der Wiedergutmachungsfrage nichts unternommen werde, bis die neue Unternehmung der Reparationskommission abgeschlossen sei. Ueber den dann zu erhaltenden Bericht der Reparationskommission wird Ende Juli in London bei einer Zusammenkunft Beschlüsse gefaßt werden, an der Lloyd George, Poincaré, Schauer für Italien und ein Vertreter Belgiens teilnehmen würden. Es werde aber kein Oberster Rat sein. Lloyd George erhoffe selbst nichts mehr von der Haager Beratung mit den Russen, da durch die Errichtung eines Rates die Verantwortung für die Währung wieder in Moskau die Oberhand erhalten hätten.

Die Blätter bezeichnen übereinstimmend als Hauptergebnis der Unterhaltung zwischen Poincaré und Lloyd George, daß die beiden Ministerpräsidenten übereinstimmend sind, künftig keine Entscheidung in kritischen Fragen ohne vorherige Abstimmung zu treffen. Keine der schwelenden Fragen sei in London gelöst worden. Der Gegenstand zwischen Frankreich und England Zielen bestehe in vollem Umfang fort.

Ein letzter Sanierungsversuch in Oesterreich.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)
Wien, 19. Juni.
Die Parlamentarischen Verhandlungen über die Errichtung einer neuen Notenbank werden nicht allzu rasch einen Abschluß finden, da die derzeitige Entwicklung in Oesterreich politisch und wirtschaftlich genommen, noch nicht jene Konsolidierung aufweist, die eine Grundvoraussetzung für die Stabilisierung der Währung bildet. Eins allerdings ist vorhanden: der ehrliche und entschlossene Wille der Regierung Seipel, mit der Politik des ewigen Schiedsrichters endlich zu brechen. Diese Politik hat sich noch in den letzten Tagen in einer Valutahaftung ausgewirkt, die das Pfund bis über 100 000 Kronen und den Schweizer Franc bis über 4000 Kronen hinaufgetrieben hat. Nun soll Umkehr und Einkehr gehalten werden. Das österreichische Volk selbst kommt immer mehr zu der Einsicht, daß es „so nicht mehr weitergehen könne“. Es identifiziert sich auch nicht mit einer „Anschlußpolitik“ nach dem Muster des Sozialistenführers Otto Bauer, der beispielsweise bei der Niederschlagung des Aufstandes im Bogtlande gegen und nunmehr, nach einem Blick auf den Wiener Valutenkurszettel, für den Anschluß an Deutschland demonstrieren läßt. Man verlangt von der Regierung Taten, nachdem man des sozialistischen Phrasengebietes müde geworden ist. Die erste Tat der neuen bürgerlichen Koalitionsregierung ist die Gründung der Notenbank.

Es blieb eben kein anderer Ausweg mehr übrig. Der Weg zum Anschluß an Deutschland ist zur Stunde noch verstreut. Der Weg zu dem, im Friedensvertrag in Aussicht gestellten Hilfsmitteln der Entente ist es nicht minder. Das ehemals feindliche, wie auch das neutrale Ausland hat gänzlich verweigert. Es enttäuscht bei dem Morgan-Kredit, über den jetzt wochenlang verhandelt wird, es verweigert bei der Aufhebung der Generalpandredite, obwohl dem Bundeskanzler Schober die bündelhaftesten Versicherungen gegeben wurden. Es läßt die Erwartungen unerfüllt, die im Zusammenhang mit den Krediten stehen. Italien hat den Vorschlag noch immer nicht gegeben, obwohl England und Frankreich vorangegangen sind und fast ein halbes Jahr verfrachten ist, seitdem die ersten Anfründigungen in viele Hoffnungen erweckten. Auch die Aktion des Völkerbundes kommt nicht vom Fleck und Monat und Monat verriecht, ohne die ersehnten Taten zu bringen. Mit den bloßen Verheißungen ist aber nichts erreicht, und die Mächte, die Oesterreich geschaffen haben, können sich ihrer Verantwortung und ihrer Verpflichtung nicht entziehen.

Wird also nur mehr der Weg zum heimischen Kapitalbeiz. Angenehm ist er der Regierung sicherlich nicht, da die Banken damit natürlich ein Geschäft machen wollen. Aber es gibt gewisse Grenzen. Es ist jetzt schon bedenklich, wenn die Bankdirektoren erklären, sie behalten es sich vor, ob sie der neuen Notenbank Goldbesitzen aus eigenem Bankbeiz oder aus von Kunden entnommenem Bestand zur Verfügung stellen. Die neue Notenbank wird ja vom Staat, sehr reichlich mit einer Mitteln ausgestattet. Alles, worauf Oesterreich bei der Auflösung der Oesterreichisch-ungarischen Bank Anspruch hat, der Goldbestand, die Häuser und die ganze Einrichtung der Oesterreichisch-ungarischen Bank, wird gratis der neuen Bank überlassen. Dazu sollen auch noch die von ausländischen Staaten gewährten Vorkäufe und Darlehen kommen. Die neue Notenbank wird durch die Wechselkredite die ganze Oesterreichische Industrie kontrollieren können und auf sie einen ungeheuren Einfluß ausüben imstande sein. Die Banken haben daher keine Ursache, sich in der Rolle von barmherzigen Krankenschwestern zu zeigen. Gewiß soll die neue Notenbank keine Humanitätseinrichtung, sondern ein Geschäft sein, aber ein solides, gesundes Geschäft und nicht die Gelegenheit für neue Raubzüge.

Dies ist der wundere Punkt bei der Errichtung der Oesterreichischen Notenbank. Der andere liegt in der Haltung der Sozialdemokratie. Diese hat in Oesterreich alle Ursache zur Nervosität. Einmal leidet sie an einem unauhaltbaren Verfall ihrer großen Organisationen. Dann droht neuerdings wiederum die Abspaltung ihres linken Flügels und dessen Vereinigung mit den Kommunisten. Jetzt kommt noch die Aktivität der bürgerlichen Koalitionsregierung hinzu, der gegenüber die Rolle, die die Sozialdemokratie zu spielen hat, noch nicht feststeht. Soll man mit helfen oder führen? Man will womöglich auf zwei Pferden reiten. Einmal stellt man die Sache so hin, als wäre die bürgerliche Regierung zu ihrer Tatkräftigkeit von den Sozialdemokraten förmlich gehoben worden, um dann bei den Forderungen der Pläne den Raum für sich in Anspruch zu nehmen. Gleichwohl droht man auch in den Versammlungen mit Straßendemonstrationen, ja mit Mordanschlägen, wenn die in Anspruch so glänzend ad absurdum geführten Ideen in Oesterreich nicht ihre Wiederaufnahme erleben würden. Aber es scheint weder das Sitte, noch das laute Geschrei zu nützen. Die Wählerchaft hat genug der Worte, Drohungen und Versprechungen und hält sich an die Realpolitik.

Die Schwierigkeiten der Uebergabe Oberschlesiens.

Nach außen festigt, nach innen Verlegen der Behörden.
(Zusammenfassung der Berliner Schriftleitung.)
Breslau, 20. Juni. Nach der Uebergabe von Kattowitz hat sich eine Anzahl Schwierigkeiten herausgestellt. Der öffentliche Verkehr auf der Bahn und Post ist sehr schleppend und die Zugfahrten mit erheblicher Verspätung ab. Güter werden Bertransport nicht befördert. Erntehilfen sind die Unterbrechungen in der Gerichtsbarkeit und der Verwaltungspolitik. Verhandlungen mühen aufgeschoben werden, weil von der neuen polnischen Polizei kein Begrabschein zu erlangen war. Sehr bedenklich ist die Art und Weise, die leergewordenen Richterstellen zu besetzen. Es ist mit einem mehrmaligen Stillstand der Arbeiten der Rechtsprechung zu rechnen. Trotzdem wird polnischerseits die Uebergabe als nationaler Feiertag festlich begangen. Triumphparaden sind erichtet und die Häuser geschmückt, wobei allerdings harte PreSSION auf die Geschäftslente ausgeübt worden ist. Die Stadtverordnetenversammlung mußte — unter formalem Protest — der Ausschmückung zustimmen.

Die Schraube ohne Ende.

Neue Erhöhung der Gütertarife der Eisenbahn.
Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Wochen bringt der Reichsbahn neue Aufgaben persönlicher und sächlicher Natur. Wie bereits in der Offiziellen bekannt, steht eine Erhöhung der Beamtenegehälter und Arbeiterlöhne bevor. Außerdem ist in den allerletzten Tagen mit einer weiteren Erhöhung der Materialpreise zu rechnen, die sich insbesondere auf Kohle und Eisen, zwei der wichtigsten Bedarfsgegenstände der Reichsbahn, bezieht. Während von einer Erhöhung der Personentarife mit Rücksicht auf den augensichtlichen starken Erholungsreiserverkehr Abstand genommen werden soll, werden die Güter-, Tier- und Erzeugnis-tarife zum 1. Juli um 25 Prozent erhöht.
Es ist recht eigenartig, daß diese 25prozentige Erhöhung der Gütertarife 8 Tage vor deren Inkraftsetzung dekretiert wird, und zwar ohne daß vorher eine Verhandlung mit den Interessenten stattgefunden hat.

Die Kompromißverhandlungen über die Getreidemlage.

(Zusammenfassung der Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Juni. Die Verhandlungen innerhalb der Parteien über die Getreidemlage dauerten gestern fort. Im Zentrum wird versucht, auf ein Kompromiß mit der Sozialdemokratie hinzuwirken. Der agrarische Flügel des Zentrums verlangt eine Herabsetzung der Umlageziffer von 25 Millionen Tonnen und eine höhere Bemessung der Preise für das Umlagegetreide. Bisher hat die Sozialdemokratie nur darin eingewilligt, daß den kleinen bäuerlichen Interessenten die umlagefreie Fläche auf über 5 ha hinaufgesetzt werde. Heute dürften die eigentlichen zwischenparteilichen Verhandlungen beginnen. Die Unabhängigen wollen für die Vorlage stimmen, stellen aber noch weitere Anträge. Falls eine Verständigung auf einer mittleren Linie gefunden wird, ist die Annahme des Gesetzes mit geringerer Mehrheit wahrscheinlich. An der agrarischen Fraktionsführung des Zentrums nahm auch der Reichskanzler teil und wies in längeren Ausführungen auf die Folgen hin, die aus einer Kabinetskrise entstehen würden. Der Reichskanzler erklärte, daß die Regierung auf das Umlageverfahren nicht verzichten könne. Man rechnet mit einer Verständigung.

Dr. Simons über die Reparationen.

Berlin, 20. Juni. Der frühere Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, äußerte sich dem „B. T.“ zufolge über die Reparationsfrage. Er sagte, eine kleine Moratoriumsanleihe wäre nur ein Palliativmittel und Oesterreich biete ein warnendes Beispiel für die Anwendung solcher Palliativmittel in schweren Krankheitsfällen. Mit dem Scheitern des Anleihenprojektes trete aber die Frage der Sachleistungen Deutschlands wieder in den Vordergrund. Die gegenwärtige Regierung, die als Regierung der Erfüllung des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatus ins Leben getreten sei und als solche bisher ausgeharrt habe, könne gar nicht anders als weiterhin das Möglichste zu tun, um den von Deutschland übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Es frage sich aber doch, ob die Grenzen des Möglichen, die jetzt so klar erkennbar geworden seien, innegehalten werden würden. Als Deutschland in Cannes die Gewährung eines sogenannten Moratoriums durch das Versprechen der anfangs in Dekaden, dann in größeren Perioden aufeinanderfolgenden Goldzahlungen erkaufte, sei man davon ausgegangen, daß in kürzester Frist die Reparationsfrage grundsätzlich geregelt werden würde. Leider habe man es auf deutscher Seite unterlassen, eine bestimmte Frist anzubedingen. Der hieraus folgende Zwang zum fortgesetzten Ankauf von Devisen für die Goldzahlung habe wesentlich zu dem Sturz unserer Valuta seit Jahresbeginn beigetragen. Mit solchem Moratorium sei weder uns noch der Welt gebietet.
Wir können uns einen Abschluß auf phantastische und völlig unrealisierbare Forderungen nicht unter der Bedingung geben lassen, daß wir uns durch Zellzahlungen ruinieren und mit dem Teile der Schuld, den wir von unserem Rücken abwälzen, den Rücken unserer Kinder und Enkel belasten.
Das Verlangen des Stillhaltens des deutschen Notendruckenapparats sei so lange unsinnig, als man uns zwingt, Zahlungen aus Ausland zu leisten, für die weder der Uebersehungs unseres Warenexports über die

Reichsregierung und Garantiekomitee.

Berlin, 20. Juni. Die Reichsregierung beschäftigt sich gestern nachmittag in einer Kabinettsitzung mit der beiden Verhandlungen mit dem Garantiekomitee einschlagenden Angelegenheiten. Die Regierung legt entscheidendes Gewicht darauf, daß bei der Kontrolle des Bankbeiz durch das Garantiekomitee die Steuerhoheit des Reiches unangetastet bleibe und daß auch das Steuergeheimnis der einzelnen Staaten für den Bürger gewahrt würde. Die letzte Forderung entspricht der internationalen Rechtsgrundlage, auf die gerade Frankreich immer gehalten habe. Was die Kapitalflucht anbelangt, so habe die Regierung immer betont, daß allein durch ein deutsches Gesetz dieser Schaden nicht abgekehrt werden könne, sondern daß nur ein internationales Zusammenwirken Aussicht auf Erfolg haben würde. Das Garantiekomitee wird heute dem Reichskanzler, dem Reichsminister des Auswärtigen und dem Finanzminister Höflichkeitsbesuche abfragen. Die eigentlichen Besprechungen dürften am Mittwoch beginnen.

Das Ergebnis der Londoner Besprechungen.

(Signer Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Paris, 20. Juni. Die Zusammenkunft Poincarés und Lloyd Georges hat, soweit sie sich um diplomatische Fragen drehte, nahezu drei Stunden gedauert. Man bewahrt sowohl in französischen wie in englischen Kreisen größte Zurückhaltung. Immerhin glaubt der Londoner Korrespondent des „Cablogramms“ mitteilen zu können, daß die Konferenz keine bedeutende Klärung der Lage gebracht habe. Man habe eines- teils über die Reparationsfrage, dann aber auch über Länger und die Orientfrage und die Haager Konferenz gesprochen. Für die Reparationsfrage und den Orient habe man ScheinBar eine Reihe von neuen Zusammenkünften, um nicht zu sagen Konferenzen, vorgesehen, an denen je nach Bedarf zwei oder vier alliierte Mächte teilnehmen würden. Der Oberste Rat sei nicht tot, wie man geglaubt habe. Der Hauptgegenstand der Unterhaltung sei die Reparationsfrage und die Haager Konferenz gewesen. In bezug auf die Reparationen sei der Grundsatz der Selbständigkeit der Reparationskommission anerkannt worden und man habe erklärt, man müsse die Forderungen und Vorschläge der Reparationskommission abwarten. Nur wenn derartige Vorschläge nicht erfolgt seien, hätten die alliierten Regierungen selber einzugreifen. Der Korrespondent erklärt alsdann, daß die englische Stellungnahme zu den alliierten Schulden, die man immer weniger als von dem Reparationsproblem lösbar betrachte, die sei, daß man nichts unternehmen könne, bevor Amerika endgültig seine Auffassung dargelegt habe. Die Auffassung Englands bleibe dieselbe. Seine Haltung passe sich der Americas an. Französischerseits glaubt man ebenfalls, daß eine Regelung ohne Teilnahme der Vereinigten Staaten nicht vorteilhaft sei. Hinsichtlich der Haager Konferenz lägen keine Meinungsverschiedenheiten vor. Die Entscheidung der Sachverständigen müsse den Regierungen vorgelegt werden, bevor sie bindend werde. Hinsichtlich der Längerfrage wird der Frage des neuen Orients habe man die Notwendigkeit neuer Konferenzen anerkannt. — Poincaré hat London gestern abend 8 Uhr in Begleitung seiner Gemahlin verlassen. Lloyd George und Gemahlin waren auf dem Bahnhof. Vor der Abfahrt des Tages hatten die beiden Ministerpräsidenten noch eine kurze freundschaftliche Unterhaltung im Wartesaal.